

Fraktionsbeschluss der Klausur in Leipzig

28. Februar 2024

Sozial. Gerecht. Klimaschutz.

Das Jahr 2024 startete mit Erfolgsmeldungen für den Klimaschutz. Mehr als die Hälfte unseres Stromes stammte im vergangenen Jahr aus sicheren, erneuerbaren Energien und macht uns damit noch unabhängiger von russischen Gaslieferungen. Die schmutzige Kohleverstromung sank auf den niedrigsten Wert seit den 1960ern. Und das in dem Jahr, in dem die letzten drei Atomkraftwerke vom Netz gingen. Gleichzeitig sanken die CO₂-Emissionen insgesamt für Deutschland auf den niedrigsten Stand seit den 1950er Jahren.

Das zeigt: Entschlossenes Handeln zahlt sich aus. Die große Klimaschutzlücke, die im letzten Jahrzehnt durch CDU und CSU erzeugt wurde, konnte durch Grünes Regierungshandeln in erheblichem Ausmaß geschlossen werden. Mit Blick auf das Klimaziel für das Jahr 2030 konnten wir in den vergangenen zwei Jahren die Lücke um bis zu 80% reduzieren. Das ist ein großer Erfolg, der zeigt, was möglich ist, wenn man weiter entschlossen handelt. Auch die Europäische Union hat mit Unterstützung der Bundesregierung die Weichen auf dem Weg zur Klimaneutralität gestellt und mit dem Fit-for-55-Paket umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um das EU-Klimaziel von 55% bis 2030 zu erreichen. Mit dem EU-Klimasozialfonds wird der Klimaschutz auf EU-Ebene erstmals auch sozial flankiert werden. Die Einhaltung der notwendigen Klimaziele ist realistisch und möglich.

Die ökologische Modernisierung bringt hierbei riesige Chancen mit sich. Sie schafft zukunftssichere Arbeitsplätze und nachhaltigen Wohlstand. Stahl, produziert mit grünem Wasserstoff. Autos, die mit erneuerbarem Strom statt Diesel und Benzin fahren. Ressourcen und Rohstoffe, die immer wieder benutzt statt weggeworfen werden. In nachhaltigen Innovationen liegt die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Global als auch in Deutschland führen die Auswirkungen der Klimakrise bereits heute zu sozialer Ungerechtigkeit und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen. Klimaschutz bedeutet daher auch ein Mehr an Gerechtigkeit - an Generationengerechtigkeit, weil Klimaschutz für unsere Nachkommen einen möglichst intakten Planeten erhält. Und an sozialer Gerechtigkeit, weil kluger Klimaschutz die Situation von Menschen mit geringen Einkommen in vielerlei Hinsicht verbessert.

Wenn etwa günstige Tickets im ÖPNV angeboten werden, entlastet das insbesondere Geringverdienende, weil sie häufiger auf Bus und Bahn angewiesen sind. Wenn Maßnahmen zur Sanierung von Gebäuden gefördert und Mietende nicht allein auf den CO₂-bedingten Mehrkosten beim Heizen sitzen bleiben, dann werden Menschen mit wenig Geld unterstützt, weil sie überproportional häufig zur Miete wohnen. Sie sind es auch, die auf günstige Strompreise angewiesen sind, die wir durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien gewährleisten. Denn Haushalte im unteren Einkommenssegment müssen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Strom aufbringen.

Eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung erkennt die Bedrohungen durch die Klimakrise an und die Chancen der Modernisierung. Unsere Gesellschaft ist nicht nur bereit für ernstgemeinten Klimaschutz, sie praktiziert ihn schon längst. Durch den tiefgehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schock durch die Coronapandemie und die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste Sorge um Energiesicherheit hat die Dringlichkeit der

Maßnahmen gegen die Klimakrise zeitweise in den Hintergrund treten lassen Viele Menschen haben zugleich Fragen und Sorgen mit Blick auf die umfassenden Veränderungen. Der ausschließliche Verweis auf die Chancen der ökologischen Modernisierung in der Zukunft ist für sie keine befriedigende Antwort auf die Herausforderungen, die im Hier und Jetzt, die im Übergangsprozess der Modernisierung liegen. Umso wichtiger ist es, auch bei den noch zu gehenden Schritten weiterhin stringent die sozialen Fragen mitzudenken.

In zwei Regierungsjahren haben wir trotz großer externer Krisen viel sozialen Klimaschutz auf den Weg gebracht, von dem Millionen Menschen profitieren. Gleichzeitig kann das nur der Beginn sein, soziale Gerechtigkeit, finanzielle Sicherheit und attraktive Jobs klug mit Klimaschutz zusammenzudenken.

GUTE JOBS

Um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten, muss die ökologische Transformation der Wirtschaft rasch erfolgen. Ein starres Festhalten an alten, klima- und umweltschädlichen Produkten und Produktionsprozessen wird dazu führen, dass wir die heute noch gute Wettbewerbsposition gegenüber der internationalen Konkurrenz verlieren. Der globale Wettbewerb um zukunftsfähige Technologien ist in vollem Gange. Für uns Grüne ist klar, dass wir auch in einer CO₂-freien Wirtschaft die Industrieproduktion etwa von Stahl, Zement oder Chemie im Land halten wollen. Hierfür helfen wir den Unternehmen beim Übergang in CO₂-neutrale Industrieprozesse und schützen sie vor ausländischem Dumpingwettbewerb. Der Arbeitskräftebedarf in den klimaneutralen Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Gebäude und Energiegewinnung ist enorm. Einer Studie von Prof. Blazejczak und Dr. Edler aus dem Jahr 2021 zufolge steigert sich der Bedarf auf knapp eine halbe Million Arbeitskräfte im Jahr 2030 und über 750.000 Menschen im Jahr 2035. Wie enorm das Potential ist, zeigen etwa Berichte, wonach Investitionen in hochmoderne Batteriefabriken wie bei Heide in Schleswig-Holstein bis zu 10.000 Arbeitsplätze bringen.

Was wir bereits geschafft haben:

- Unter anderem mit **Investitionen aus dem Klima- und Transformationsfonds** schaffen wir tausende von zukunftsfesten Arbeitsplätzen, sorgen dafür, dass beim Umstieg von fossiler auf erneuerbare Energie die Arbeitsplätze vor Ort erhalten bleiben und die Beschäftigten mit einem guten Einkommen ihre Familien versorgen können. Ohne diese Klimainvestitionen würden über die kommenden Jahre zehntausende Jobs in Deutschland verloren gehen. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich Unternehmen angesiedelt, um die Erneuerbaren-Produktion, den Bau von Elektrolyseuren sowie Speicher- oder Batteriezellfabriken zu betreiben. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs ist heute in Deutschland auf einem Höchststand.
- Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist so klein wie zuletzt vor 25 Jahren. Lange wollten uns einige Ökonomen weis machen, es gehe allen gut, wenn es den Reichsten gut gehe – der behauptete Trickle-Down-Effekt war aber eine Schimäre. Der Wohlstand muss bei denen ankommen, die ihn erarbeiten. Darum haben wir endlich ernsthaft umgesteuert und den **Mindestlohn auf über 12 Euro angehoben**. Besonders Frauen und Menschen in Ostdeutschland haben davon profitiert.
- Mit dem neuen **Qualifizierungsgeld** haben wir eine finanzielle Unterstützung für Menschen geschaffen, deren Beruf sich ändert. Wo Autohersteller bspw. die

Produktion von Verbrenner auf Elektromobilität umstellen, finanziert das Qualifizierungsgeld die passende Weiterbildung der Beschäftigten.

Was nun nötig ist:

- Der Staat muss bei der Vergabe von Aufträgen dafür sorgen, dass mehr der öffentlichen Gelder als Lohn bei den Menschen hängen bleibt, die täglich die Arbeit machen. Wir brauchen das **Tariftreugesetz als Booster für gute Löhne** und mehr Tarifbindung. Wo nach Tarif bezahlt wird, liegen Löhne rund 15 Prozent höher. Über die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland sind nicht von einem Tarifvertrag erfasst - besonders in Ostdeutschland noch deutlich mehr als in den anderen Bundesländern. Das wollen wir ändern.
- Der **Mindestlohn** ist leider trotz der Erhöhung noch zu niedrig, um angesichts hoher Inflation **dauerhaft vor Armut zu schützen**. Wir wollen daher das Verfahren zur Anpassung in der Mindestlohnkommission reformieren und dafür sorgen, dass Löhne von Geringverdienenden nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt werden. Als Untergrenze des Mindestlohns wollen wir der Entwicklung der Tariflöhne folgend 60 Prozent des Medianlohns festlegen. So verhindern wir Armut trotz Vollzeitarbeit. Das hieße für 2024 14 Euro Mindestlohn, 2025 wären es knapp 15 Euro.
- Betriebsräte erhöhen schon heute die Stabilität und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen - ein Umstand, der Unternehmen in der Transformation unbedingt zugutekommt. Leider haben noch viel zu wenige Unternehmen eine klare Strategie zur Bewältigung der Transformation, eine systematische Personalentwicklung sucht man häufig vergebens. Fakt ist: Die Transformation gelingt gemeinsam am besten. Daher wollen wir die **Mitbestimmung** ausbauen. Betriebsräte sollen bei allen wesentlichen Entscheidungen zur ökologischen Transformation (Verbesserung der Klimabilanz und Qualifizierung) mitbestimmen können, die digitale Betriebsratsarbeit soll erleichtert und die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung endlich ein Officialdelikt werden.

FAIRE MOBILITÄT

Nicht nur aus ökologischen und gesundheitsfördernden Gründen, sondern auch aus sozialen Gründen ist der massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, des Schienenverkehrs sowie sicherer Radinfrastruktur entscheidend. Hierauf muss der eindeutige Schwerpunkt staatlicher Investitionen liegen. Es sind die Menschen mit kleinen Einkommen, die überwiegend auf guten ÖPNV angewiesen sind.

Gleichzeitig ist klar, dass es in vielen Regionen noch Jahre bis Jahrzehnte dauern wird, bis tatsächlich flächendeckend attraktive Alternativen zum eigenen Auto vorhanden sind. Auch lohnt es sich nicht, bis an jede Haustür einen eigenen Schienenstrang zu bauen. Daher wird auch in Zukunft das Auto eine wichtige Rolle im Mobilitätsmix spielen. Gerade auf dem Land. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss das Auto deutlich sauberer werden. Zumindest für den Pkw-Bereich geht das am effizientesten batteriebetrieben. Preislich sind die E-Autos schon heute gegenüber vergleichbaren Neuwagen-Modellen mit Verbrennungsmotor mehr als konkurrenzfähig. Die geringeren Betriebskosten sowie oftmals geringere Werkstatt- und Fixkosten führen zu einem durchschnittlichen Preisvorteil von 12 Prozent in der Gesamtkostenbetrachtung. Das Angebot an kleineren und preiswerteren E-Autos muss jedoch deutlich ausgeweitet werden.

Was wir bereits geschafft haben:

- Mit dem 9€- und anschließend dem 49€-Ticket haben wir nicht nur für eine digitale, sondern auch eine **Preis-Revolution im öffentlichen Nahverkehr** gesorgt. Dazu besticht es durch seine Einfachheit: ein Ticket, das überall in Deutschland gilt. Ergänzt um noch günstigere Sozialtarife, Semester- und Jobtickets können Millionen Menschen inzwischen einfacher als je zuvor von klimafreundlicher Mobilität zu günstigen Preisen profitieren. Besonders bei Pendlerinnen und Pendlern sind Einspareffekte erheblich, teils dreistellig.
- Damit die Schiene für alle attraktiver wird, haben wir trotz einer angespannten Haushaltslage die Finanzierung der zentralen Schienenprojekte abgesichert. In den nächsten Jahren gibt die Bundesregierung so viel **Geld für die Modernisierung der Schiene** aus, wie noch keine zuvor. Allein bis 2027 sollen gegenüber der Vorgängerregierung zusätzliche 11,5 Milliarden Euro in die Sanierung, den Erhalt und den Neubau von Schienenwegen fließen. Weitere 20 Milliarden Euro kommen bis 2029 als Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn für den Ausbau der Schieneninfrastruktur hinzu.

Was nun nötig ist:

- Das **49€-Ticket muss bleiben – wir wollen eine dauerhafte Preisgarantie**. Menschen mit geringem Einkommen nutzen Bus und Bahn überdurchschnittlich häufig, da sie oft kein Auto besitzen.
- Das 49€-Ticket ist deshalb gut fürs Klima und ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit. Damit Bus und Bahn aber auch überall gut und pünktlich ankommen, müssen die finanziellen Mittel – auch in den Bundesländern - weiter erhöht werden.
- Die steuerliche Besserstellung von Dienstwagen ist aus verkehrspolitischen, sozialen und aus klimapolitischen Gründen nicht sinnvoll: Es profitieren vor allem besserverdienende Führungskräfte zulasten der Allgemeinheit und es wird ein Anreiz fürs Vielfahren gesetzt, weil mit dem Dienstwagen häufig eine Tankkarte fürs kostenlose Privatfahren mitgeliefert wird. Zudem werden überproportional große, schwere und viel verbrauchende Wagen subventioniert. Wir müssen daher das **Dienstwagenprivileg** so **reformieren** und abbauen, dass der steuerlich zu berücksichtigende Anteil stärker an den CO₂-Ausstoß und an den Nettolistenpreis des Fahrzeugs gekoppelt wird. Das heißt: Je umweltfreundlicher ein Dienstwagen ist, desto besser wirkt sich das für Unternehmen und Mitarbeitende aus. Auch die Neuregelung muss natürlich unbürokratisch ausgestaltet sein.
- Da die Schiene jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren wurde, beträgt der Investitionsbedarf bis 2027 mittlerweile 45 Milliarden Euro. In den kommenden Jahren sollten wir deshalb noch stärker in die **Sanierung von Schienen, maroden Brücken** und bereits vorhandenen **kaputten Straßen** investieren.

BEZAHLBARES WOHNEN

Unser Ziel sind energetisch modernisierte, klimagerechte Wohnungen für alle. Sie helfen dem Klima und sparen jeden Monat bares Geld. Deshalb muss ein modernes Energiesparrecht mit wirksamem Mieterschutz und gezielter Förderung einhergehen. Mit der Erhöhung des Wohngeldes um durchschnittlich 190 Euro haben wir die finanzielle Förderung für unsere Einkommen im Schnitt verdoppelt. Seit dem 1. Januar 2023 haben zwei Millionen Haushalte mit kleinen Einkommen Anspruch auf Wohngeld. Das sind dreimal mehr als vorher. Das Heizen mit klimaneutralen Heizungen wie der Wärmepumpe wird immer günstiger dank moderner Technologien wie dem Smart-Meter und spezieller Stromtarife. Je nach Berechnung

sinken die Preise um bis zu 20 Prozent. Fossiles Heizen hingegen wird in den kommenden Jahren deutlich teurer.

Was wir bereits geschafft haben:

- Mit dem **Gebäudeenergiegesetz** haben wir den Umstieg auf klimafreundliche Wärme pragmatisch und sozial gerecht eingeläutet. Das Gesetz, das im Januar 2024 in Kraft getreten ist, sorgt dafür, dass die Wärmewende mit einer **sozial gestaffelten Förderung** von bis zu 70 Prozent der Kosten für alle bezahlbar ist. Außerdem wurden mit der neuen Modernisierungsumlage Mietende vor zu hohen Kosten beim Einbau einer neuen Heizung geschützt, weil eben diese Kosten nur noch begrenzt und unter bestimmten Bedingungen vom Vermieter umgelegt werden können.
- Bisher mussten Mieterinnen und Mieter den CO₂-Preis bei den Kosten für Heizung und Warmwasser alleine tragen. Das war sozial ungerecht und klimapolitisch unsinnig. Die Koalition hat eine neue **Verteilung der Kosten für CO₂** beschlossen, die sozial gerechter und ökologisch wirksamer ist. Je höher der Energieverbrauch des Gebäudes ist, desto höher ist der Anteil, den die Vermietenden an den CO₂-Kosten tragen müssen - desto geringer ist entsprechend der Anteil der Mietenden.
- Die **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** hat die Koalition im Vergleich zu 2021 um mehr als das Dreifache auf dann 3,15 Milliarden Euro erhöht. Bis 2027 stellt die Koalition Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung von 18,15 Milliarden Euro zur Verfügung. Hier kommen dann noch einmal die Fördermittel der Länder hinzu.

Was nun nötig ist:

- Trotz der aufgeführten Maßnahmen besteht weiterhin ein deutlicher Mangel an bezahlbaren Wohnungen und ein erheblicher Anteil des Gebäudebestands ist sanierungsbedürftig, was zu hohen Klimagasemissionen führt. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass staatliche Investitionen in soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutz getätigt werden, auch um die Baubranche zu stärken. **Es bedarf eines Investitionsimpulses.** Im Wachstumschancengesetz haben wir uns als Regierungskoalition darauf verständigt, den nachhaltigen Wohnungsbau durch eine Kombination verschiedener Abschreibungsmöglichkeiten für Wohngebäude anzukurbeln. Es gibt sage und schreibe 900.000 genehmigte Wohnungen, die nur auf ihren Bau warten. Durch unsere neuen Steueregeln werden wir mit noch nicht dagewesenen Impulsen endlich wirksam den nachhaltigen Neubau großflächig ankurbeln. Bisher blockieren CDU/CSU – es wäre Zeit, dass die Union ihre Blockade aufgibt. Zudem brauchen wir ein positives Investitionsklima, das den Beschäftigten der Bauindustrie eine Perspektive gibt und den Menschen konkret vor Ort hilft. Insbesondere Geld für Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebestand bringen einen dreifachen Gewinn: niedrigere Heizkosten für die Bewohner*innen, mehr Klimaschutz und Perspektive für die Branche.
- Wir wollen die Schaffung dauerhaft bezahlbarer und energetisch hochwertiger Wohnungen stärker unterstützen. Dies würde nicht nur die Bauindustrie stärken, sondern auch zur Lösung der sozialen Frage nach bezahlbarem Wohnraum beitragen. Hierzu werden wir eine **neue Wohngemeinnützigkeit** einführen, die steuerliche Förderungen und staatliche Investitionszuschüsse umfasst. Im Gegenzug müssen sich Investor*innen verpflichten, bezahlbare Mieten zu verlangen und die Wohnungen gemeinnützig zu verwalten. Damit schaffen wir langfristig bezahlbare, energieeffiziente und klimagerechte Mietwohnungen.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die **Mietpreisbremse** bis 2029 zu **verlängern und sie zu stärken**, um betroffenen Regionen ein wirksames Mittel gegen die eklatanten Preissteigerungen bei Neuvermietungen an die Hand zu geben. Das ist bisher noch nicht geschehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mietpreisbremse verlängert und bestehende Lücken geschlossen werden. Außerdem muss die systematische Umgehung von Mieterschutzinstrumenten durch Indexmietverträge reguliert werden.

GÜNSTIGE ENERGIEPREISE

Die beste Maßnahme, einen Anstieg der Energiepreise zu verhindern, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien - und das, auch wenn die Netzkostenausbaukosten ansteigen. Denn die erneuerbaren Energien-Anlagen mit ihren günstigen Preisen im Stromsystem bestimmen mehr und mehr den Strompreis und immer seltener teure Gaskraftwerke im Großhandel. Bereits heute ist dieser Effekt zu verzeichnen. Auch unter dem Verbraucheraspekt ist der schnelle und konsequente Umstieg ins nicht-fossile Zeitalter insofern dringend angezeigt.

Was wir bereits geschafft haben:

- Die Bundesregierung hat Millionen Bürgerinnen und Bürger trotz einer schwierigen Ausgangslage und hoher Abhängigkeit von russischem Gas sicher durch die Energiekrise gebracht und dabei eine **verlässliche Versorgung und bezahlbare Energiepreise gesichert**.
- Wir haben über die **Strompreisbremse** Millionen Menschen vor explodierende Energiepreisen bewahrt. Zusammen mit einer gesellschaftlichen Energiespar-Kraftanstrengung hat das zum Erfolg geführt hat und gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahrt. Allen Bürgerinnen und Bürger gebührt dafür großer Dank!
- Mit der **Abschaffung der EEG-Umlage** haben wir massiv die Stromkosten gesenkt. Eine vierköpfige Familie spart damit rund 300 Euro im Jahr. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Sommer 2022 und dem Jahressteuergesetz 2022 haben wir u. a. einen neuen Boom an Solaranlagen ausgelöst - und beispielsweise im Jahr 2023 das Ausbauziel für Solarenergie deutlich übererfüllt. Denn am günstigsten ist der Solarstrom vom eigenen Dach: Immer mehr Menschen profitieren davon - auch im Mieterstrom-Modell oder von ihrer Balkon-PV-Anlage.

Was nun nötig ist:

- Wir wollen, dass der CO₂-Preis eine Lenkungswirkung mit Blick auf klimafreundliches Verhalten hat. **Als Koalition haben wir uns darauf verständigt, für zukünftige Preisanstiege einen zusätzlichen sozialen Ausgleich zu entwickeln: das Klimageld.** Damit schaffen wir ein Instrument, um die Einnahmen aus dem CO₂-Preis an die Menschen in Deutschland zurück zu geben. Das Beispiel Österreich zeigt, dass dies gelingen kann.

Ein großer Teil der Einnahmen aus dem bisherigen CO₂-Preis wird in die Abschaffung der EEG-Umlage investiert und entlastet die Menschen und Unternehmen damit heute schon in Höhe von 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Für das Klimageld braucht es einen Auszahlungsmechanismus, der es dem Staat ermöglicht, allen Bürgerinnen und Bürgern auf direktem Wege Geld zukommen zu lassen. Dieser Auszahlungsmechanismus verzögert sich und wird nach Angaben des

Finanzministers erst 2025 fertig sein. Wir erwarten, dass diese Zusage des Finanzministeriums gilt, damit endlich mit der Auszahlung des Klimageldes begonnen werden kann.

Für den Start des Klimageldes bräuchte es ergänzend zu den künftigen Einnahmen aus aufwachsenden CO₂-Preisen eine Start-Finanzierung aus dem Bundeshaushalt. Eine Möglichkeit hierfür wäre ein Abbau umweltschädlicher Subventionen, wie etwa das Dienstwagenprivileg. Auch Umschichtungen von Mitteln aus dem Bundeshaushalt, wie etwa bei klimaschädlichen Ausgaben im Verkehrsetat, wären eine sinnvolle Option. Wir wollen nicht weiter die Erhitzung unseres Klimas subventionieren, sondern Klimaschutz für alle ermöglichen.